

**P E T I T I O N**  
**An den Regierungsrat und den Grossen Rat von Basel-Stadt**

**FÜR EINE LIBERALE UND ZEITGEMÄSSE  
HANFPOLITIK DES KANTONS 13ASEL-STADT**

Seit dem 15. Oktober haben die Hanfkonsumenten und Hanfläden in Basel-Stadt unter verstärkter und undifferenzierter Repression zu leiden. Unzählige Beamte werden täglich für die Verfolgung von Hanfprodukten eingesetzt.

Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Bussen und sogar Verhaftungen gehören zur Tagesordnung. Dies, obwohl eine Legalisierung von Cannabis in der Schweiz vor der Türe steht. Der Bundesrat hat im März 2001 eine entsprechende Botschaft verabschiedet und der Ständerat hat dem neuen revidierten Betäubungsmittelgesetz bereits Ende 2001 zugestimmt.

Dennoch sind auch wir der Meinung, dass eine Situation, wie sie in den letzten Jahren in Basel entstand, untragbar ist.

Es ist uns aber wichtig, dass erwachsene Hanfkonsumenten einkaufen können, ohne mit dem Schwarzmarkt auf der Strasse in Kontakt zu kommen.

Deshalb fordern wir anstatt eines planlosen Rundumschlags gegen alle Hanfbetriebe die Gründung einer unabhängigen Kontrollstelle - unter Mitarbeit von Behörden, Elternverbänden und Präventionsfachleuten.

Zur Kontrolle folgender Auflagen:

1. Verkauf von Drogenhanf nur an Erwachsene ab 18 Jahren
2. Keine Werbung für Drogenhanf
3. Die Betriebe müssen so geführt werden, dass die öffentliche Ordnung nicht gestört wird.
4. Die Betriebe müssen nach kaufmännischen Grundsätzen (Obligationenrecht) geführt werden und korrekt über Steuern (Mehrwertsteuer, Gewinnsteuer, ...) und Sozialabgaben (AHV 1 BVG) abrechnen.

Bei Einhaltung dieser Regeln ist die Repression gegen Hanfläden sofort einzustellen und bereits eröffnete Strafverfahren sind bis auf weiteres zu sistieren. Dies auf Basis einer vernünftigen Prioritätensetzung zur Verfolgung echter Kriminalität sowie aus Opportunitätsgründen - bis das neue Betäubungsmittelgesetz in Kraft tritt.

Datum	Name, Vorname	Geb. Dat	Adresse	PLZ	Wohnort	Unterschrift